

Sozialminister Hundstorfers Ziel: Die Hospizbetreuung soll in die Pflegefonds-Verhandlungen integriert werden

Getragen auf dem letzten Weg

Von Petra Tempfer

■ „Hospiz Österreich“ legte bereits Richtlinien für die Palliativbetreuung fest.

Wien. Gedanken an den Tod werden oft verdrängt. Viele laufen vor dem Wissen davon, dass Sterben mit langem Leiden verbunden sein kann. Aber spätestens, wenn ein geliebter Mensch stirbt, weiß man: Der Tod gehört zum Leben dazu wie das Geborenwerden. Der Weg dorthin ist bestimmt leichter, wenn man auf ihm gestützt und getragen wird. „Hospiz Österreich“, der Dachverband der österreichweit rund 260 Palliativ- und Hospizeinrichtungen, arbeitet seit 2006 daran, wie man diese Sterbegleitung auch in Alten- und Pflegeheimen am besten umsetzen kann. Am Donnerstag bekam er eine entscheidende Unterstützung: Sozialminister Rudolf Hundstorfer erklärte es zu seinem Ziel, die Thematik der Hospizbetreuung im geriatrischen Bereich in die Verhandlungen um die Zukunft der Pflege und des Pflegefonds zu integrieren.

Anlässlich des baldigen Welt-hospiztages am 13. Oktober sagte er im Pflegewohnhaus Meidling vor Journalisten: „Wenn es darum geht, die Pflege und die Finanzierung der Pflege auf teilweise neue Beine zu stellen, dann sollten wir uns auch die Chance geben, das Thema Hospiz zu integrieren.“ Klar sei, so der Minister, dass dies nicht leicht werde und wohl zahl-

reiche Diskussionen und Verhandlungen notwendig seien. Eine fixe Klärung der Zuständigkeiten statt der derzeitigen Zersplitterung zwischen Ministerien, Bund und Ländern würde stabile Finanzen, einheitliche Personalstrukturen und einheitliche Qualitätsstandards bringen.

Idee der Hospiz soll in allen Heimen Einzug finden

Derzeit werden 80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen zu Hause betreut. „Diese Zahl wird sich dramatisch verringern“, so Hundstorfer. Die Gründe dafür: die demographische Entwicklung – mehr als eine Million Österreicher werden 2050 über 80 Jahre alt sein – sowie der Verlust der traditionellen Familienstrukturen wie Großfamilien. Die Zukunft der Hospizbetreuung müsse daher sichergestellt werden – indem sie Teil des Konzeptes zur Absicherung des Pflegesystems Österreichs werde. „Fakt ist: Wir wollen und werden das verhandeln“, beteuerte der Sozialminister. Bis Ende des Jahres werde ein fertiges Paket zur Zukunft der Pflege in Österreich vorgelegt.

„Mit Schulungen für das Pflegepersonal und der Finanzierung allein ist es aber nicht getan. Es geht darum, die Idee der Hospiz



Aufgeweckt und lebensfroh – auch wenn man weiß, dass der letzte Lebensabschnitt begonnen hat. Speziell geschultes Pflegepersonal soll künftig jeden auf seinem Sterbeweg begleiten. Foto: Veronika Arnost

in das System der Alten- und Pflegeheime einzubauen“, betonte Waltraud Klasnic, Präsidentin von „Hospiz Österreich“, ebenfalls am Donnerstag. Die Heimbewohner müssten von Anfang an sowohl kurativ, als auch palliativ betreut werden, nicht nur in der Endphase. Darüber hinaus müssen stationäre Hospize geschaffen werden.

Derzeit gibt es rund 800 Alten- und Pflegeheime in Österreich. In 41 haben bereits im Zuge einer „qualitätsbetonten Ausbildung“

Schulungen stattgefunden, so Klasnic. Nach welchen Richtlinien bei Hospiz und Palliativbetreuung vorgegangen werden soll, legte „Hospiz Österreich“ 2008 fest. 2009 konstituierte sich unter der Leitung des Dachverbandes ein Beirat, dem unter anderen die Österreichische Ärztekammer, Gesundheits- und Sozialministerium sowie der Hauptverband der Sozialversicherungsträger angehören. Die Thematik in das Konzept zur Absicherung des österreichi-

schen Pflegesystems aufzunehmen, wie von Hundstorfer zugesagt, soll auch eine gewisse Planungssicherheit schaffen.

Ein positives Echo erhielt der Sozialminister vom grünen Gesundheitssprecher Kurt Grunewald, von FPÖ-Behindertensprecher Norbert Hofer sowie Hundstorfers Vorgängerin, BZÖ-Seniorensprecherin Ursula Haubner. Auch der SPÖ-Pensionistenverband begrüßte Hundstorfers Plan. ■

Kurz notiert

Steyr Motors Der oberösterreichische Spezialmotorenbauer Steyr Motors – 125 Mitarbeiter – wird zu 100 Prozent an eine chinesische Investorengruppe verkauft, berichten die „Oberösterreichischen Nachrichten“. Hauptgesellschafter (rund 49 Prozent) war der frühere Verkehrsminister Rudolf Streicher. Miteigentümer und Geschäftsführer Rudolf Mandorfer soll an der Spitze des Unternehmens bleiben. Fixiert sei eine fünfjährige Standortgarantie, Entwicklungszentrum und Kleinserienfertigung sollen in Steyr konzentriert werden.

Terrorverdacht Ein Russe, der in Österreich Asylstatus hat, soll an der georgisch-russischen Grenze im Tal Lopota mit georgischen Sicherheitskräften in eine Schießerei mit elf Toten verwickelt gewesen sein. Zudem soll er laut georgischen und russischen Medienberichten ein Vertrauter des tschetschenischen Terroristenchefs Doku Umarow sein und seit längerem im Untergrund für den bewaffneten Kampf aktiv sein. Das Innenministerium bestätigte lediglich, dass ein Mann dieses Namens im Jahr 2003 in Österreich einen positiven Asylentscheid aus Gründen der „Verfolgung“ erhalten hat. Ob dieser Mann in den Vorfall an der georgisch-russischen Grenze verwickelt gewesen oder anderer Vergehen beschuldigt sei, werde aktuell überprüft. Achmed T. hat laut Ministerium seinen Hauptwohnsitz nicht in Österreich.

Österreichs Kinder immer dicker

■ Minister Stöger zu Ernährungsbericht: „Die Ergebnisse sind besorgniserregend.“

Wien. (sir) Es ist erst ein paar Wochen her, da startete der heimische Sport eine Unterschriftenaktion für die tägliche Turnstunde. Mehr als 50.000 haben seither unterschrieben (www.turnstunde.at). Der Anlass waren die ohne österreichische Medaille zu Ende gegangenen Olympischen Spiele in London, die Motivation der Verbände war aber auch eine andere: Seit Jahren gibt es immer weniger Kinder, die Sport treiben, fast logisch steigt daher die Zahl der übergewichtigen und koordinativ beeinträchtigten Kinder, sie gehen dem organisierten Sport ab.

Es nimmt sich regelrecht zynisch aus, dass der Ernährungsbericht in Österreich im selben Zeitraum wie die Olympischen Spiele erscheint, nämlich alle vier Jahre. Und die am Freitag veröffentlichte Studie im Auftrag des Gesundheitsministeriums berichtet von einer weiteren, recht dramatischen Zunahme übergewichtiger Kinder. Waren vor vier Jahren 19 Prozent der Schulkinder (6 bis 14 Jahre) übergewichtig, sind es nun schon 24 Prozent, wobei rund acht Prozent gar adipös sind. Zumindest dieser Wert hat sich im Vergleichszeitraum nicht weiter verschlechtert.

„Das ist die Konsequenz aus hochkalorischer Ernährung und wenig Bewegung“, sagt Klaus Vavrik, ein Kinderarzt und Präsi-

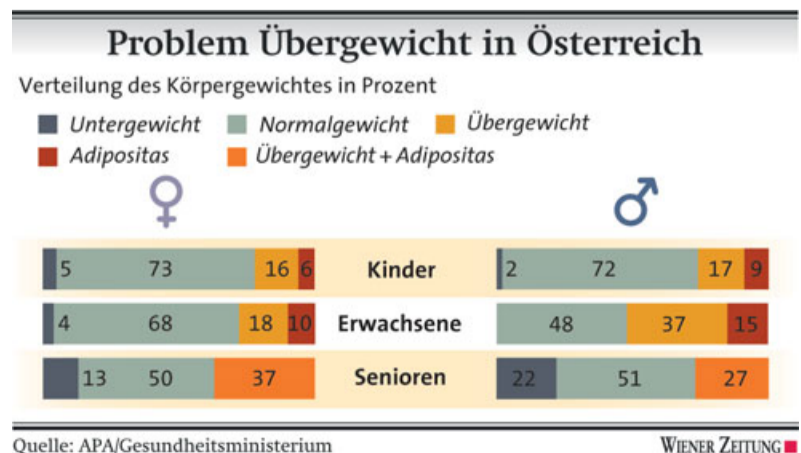
dent der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit. Eine 2010 erschienene europaweite Studie hatte bei 11- bis 17-Jährigen noch deutlich weniger übergewichtige Jugendliche ausgewiesen (13 Prozent). „Das zeigt, dass die nachfolgende Generation mit Übergewicht noch mehr belastet ist.“

Zu viel Fleisch und Wurst Immerhin: Bei den Erwachsenen zeigt sich keine signifikante Verschlechterung der Situation, allerdings ist das Niveau schon hoch. Rund 40 Prozent der 19- bis 65-Jährigen sind übergewichtig, davon sind zwölf Prozent adipös. Der vor drei Jahren initiierte Nationale Aktionsplan Ernährung hat zumindest bisher noch keine großen Auswirkungen. „Wir haben das Feld zwar noch nicht be-

ackert, aber wir stehen mit dem Pflug bereits dort“, sagt Gesundheitsminister Alois Stöger.

Das Ernährungsverhalten der Österreicher hat sich in den vergangenen vier Jahren nur marginal verändert. Die Österreicher essen zu viel Fleisch und Wurst und zu wenig Kohlenhydrate, Obst und Gemüse. „Die Ergebnisse sind besorgniserregend“, sagt Minister Stöger.

Auffällig ist ein Gefälle innerhalb Österreichs. Im Osten ernähren sich die Menschen schlechter und sind dicker. Vavrik: „Das korreliert auch mit unseren Erkenntnissen, dass sich die Menschen in Westösterreich mehr bewegen.“ Für den Mediziner ist vor allem bei den Kindern anzusetzen. „Die ganze Grundhaltung den Kindern gegenüber muss sich ändern“, sagt er. Es brauche mehr Bewegungsräume, mehr Bewegungsfreude: „Wir haben den Kindern Bewegung ausgetrieben.“ ■



Elsner klagte Bawag-Eigentümer in den USA

Wien. Ex-Bawag-Chef Helmut Elsner hat in den USA eine Betrugsklage über 1,8 Milliarden Dollar (1,4 Milliarden Euro) gegen Bawag-Eigentümer und Ex-Manager eingebracht, so das Wochenmagazin „Format“ in seiner Freitagausgabe. Die Klage richtet sich unter anderem gegen den amerikanischen Bawag-Eigentümer Cerberus, Ex-ÖGB-Chef und Sozialminister Rudolf Hundstorfer sowie Ex-Bawag-Chef und Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny.

Elsner, der im ersten Bawag-Prozess rechtskräftig zur Höchststrafe von zehn Jahren Haft verurteilt worden war und zum derzeit laufenden zweiten Prozess aufgrund seiner angeschlagene Gesundheit bisher nie erschienen ist, kämpft um seinen Ruf: „Ich will Rehabilitation – wenn es sich nicht anders ausgeht, auch post mortem“, zitiert ihn „Format“. Die Klagesumme entspreche dem Schaden, der ihm „durch ein falsches Urteil“ aus dem ersten Bawag-Prozess entstanden sei.

Die Beschuldigten, für die die Unschuldsumutung gilt, hätten ein betrügerisches System zur Verschleierung der Spekulationsverluste in den 1990er Jahren von Wolfgang Flöttl aufgebaut. Zudem hätten sie im in den USA geschlossenen Bawag-Vergleich Elsner durch Falschaussagen beschuldigt, US-Behörden angelogen zu haben. Die Betroffenen weisen alle Vorwürfe zurück. ■